



Medienmitteilung vom 26. Januar 2017

Landwirtschaftsrat sagt Ja zur Unternehmenssteuerreform III

Der Landwirtschaftsrat als politisches Gremium des kantonalen Bauernverbandes (SGBV) diskutierte am Donnerstag die Parole zur Unternehmenssteuerreform III. Nach ausgiebiger Diskussion fassten die Mitglieder des Landwirtschaftsrates mit 17:7 Stimmen bei 11 Enthaltungen die Ja-Parole.

Die Nationalräte Walter Müller (FDP) und Claudia Friedl (SP) präsentierten die Vorlage kontradiktorisch. Gegnern wie Befürwortern der Vorlage ist klar, dass die steuerlichen Sonderregelungen für die Statusgesellschaften fallen müssen und eine Reform notwendig ist. Walter Müller wies mit aller Deutlichkeit darauf hin, dass die Schweiz die Steuerreform III durchführen müsse. „Die sogenannten Status- und Domicilgesellschaften kämen ohne Steuerreform unter Druck und würden abwandern. Das würde zu tieferen Steuereinnahmen und schlussendlich zu einem Verlust von Arbeitsplätzen führen“. Der Bund ermögliche mit der wichtigen, Vorlage, dass die Reform für alle Staatsebenen verträglich ausgestaltet und der Werkplatz gestärkt werde. Ebenso würden aber auch alle juristischen Personen gleichgestellt. Claudia Friedl als Gegnerin der Vorlage sprach die vielen Ungenauigkeiten in der Vorlage an. Die Steuerreform sei nötig, National- und Ständerat hätten jedoch das Fuder überladen. Milliarden an Steuerausfällen seien die Folge. Betroffen seien die natürlichen Personen und vor allem der Mittelstand, diese bezahlten die Zeche. Friedl wies darauf hin, dass mit einem Nein die Vorlage nochmals überarbeitet und verträglich ausgestaltet werden könne.

In der Diskussion wurden auch die Auswirkungen der USR III auf die Kantone diskutiert. Diese sind nach Meinungen der Anwesenden nicht unbedeutend. Eine starke und wettbewerbsfähige Wirtschaft sei jedoch auch aus Sicht der Landwirtschaft wichtig für die Schweiz. Im Weiteren wurde darauf hingewiesen, dass bei Mindereinnahmen die Agrarkredite unter Druck geraten könnten. Die Landwirtschaft würde so schnell einmal zu den Verlierern gehören. Andererseits wird befürchtet, dass auch die Landwirte als Steuerzahler zur Kasse gebeten werden könnten.

Die Parolenfassung erfolgte schlussendlich mit einem knappen Ergebnis. Der Landwirtschaftsrat folgte mit 17:7 Stimmen bei 11 Enthaltungen dem Antrag von Bundesrat und Parlament für ein JA zur USR III.

Rückfragen:

Peter Nüesch, Präsident, Tel. 071 720 12 04, Mobile 079 696 00 20

Andreas Widmer, Geschäftsführer, Tel. 071 394 60 11, Mobile 079 358 62 64